

Das zivilrichterliche Dezernat

Büßer / Tonner

6. Auflage 2026
ISBN 978-3-406-85514-6
C.H.BECK

schnell und portofrei erhältlich bei
beck-shop.de

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de steht für Kompetenz aus Tradition. Sie gründet auf über 250 Jahre juristische Fachbuch-Erfahrung durch die Verlage C.H.BECK und Franz Vahlen. beck-shop.de hält Fachinformationen in allen gängigen Medienformaten bereit: über 12 Millionen Bücher, eBooks, Loseblattwerke, Zeitschriften, DVDs, Online-Datenbanken und Seminare. Besonders geschätzt wird beck-shop.de für sein umfassendes Spezialsortiment im Bereich Recht, Steuern und Wirtschaft mit rund 700.000 lieferbaren Fachbuchtiteln.

Büßer/Tonner
Das zivilrichterliche Dezernat


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Das zivilrichterliche Dezernat

von

Dr. Janko Büßer

Richter am Oberlandesgericht

und

Dr. Martin Tonner

Richter am Oberlandesgericht

6., vollständig überarbeitete Auflage 2026
beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG



*Nur für die bessere Lesbarkeit und Verständlichkeit wurde
auf eine geschlechterneutrale Sprache verzichtet.
Stattdessen wird im Text das generische Maskulinum verwendet,
in den Beispielen dagegen ausschließlich die weibliche Form.*


beck.de

ISBN PRINT 978 3 406 85514 6

© 2026 Verlag C.H.Beck GmbH & Co. KG
Wilhelmstraße 9, 80801 München
info@beck.de

Druck und Bindung: Beltz Grafische Betriebe GmbH
Am Fliegerhorst 8, 99947 Bad Langensalza

Satz: Medienservice Frauchiger e.K.
Zweikirchner Str. 7, 84036 Kumhausen
Umschlag: Druckerei C.H.Beck Nördlingen

chbeck.de/nachhaltig
produktsicherheit.beck.de

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Alle urheberrechtlichen Nutzungsrechte bleiben vorbehalten.
Der Verlag behält sich auch das Recht vor, Vervielfältigungen dieses Werkes
zum Zwecke des Text and Data Mining vorzunehmen.

Vorwort

Die vorliegende Neuauflage erscheint zwei Jahre nach der Voraufgabe. Die Digitalisierung des Zivilverfahrens schreitet immer weiter voran. Auch diese Neuauflage berücksichtigt aber noch die Arbeit an Papierakten. Eine umfassende Darstellung der elektronischen Akte ist weiterhin nicht nur aus Platzgründen nicht möglich, sondern vor allem deshalb, weil es verschiedene technische Umsetzungen in den einzelnen Bundesländern gibt.

Neben aktueller Rechtsprechung und der Änderung der Zuständigkeits- und Rechtsmittelstreitwerte berücksichtigt diese Auflage vor allem die Neuordnung der Video-Verhandlung. Außerdem haben wir einen Abschnitt zur Ausbildung von Referendaren eingefügt. Ansonsten gilt aber weiter: Wir widerstehen dem Drang zur inhaltlichen Erweiterung, um den Charakter des Buches als Einstiegshilfe nicht zu ändern.

Für Kritik und Anregungen sind wir weiterhin sehr dankbar.

Hamburg im Juli 2026

*Janko Büßer
Martin Tonner*



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Vorwort zur ersten Auflage

Der Arbeitsalltag eines Zivilrichters besteht im Wesentlichen aus zwei Konstanten: der Gestaltung des Verfahrens und dem Abfassen von Entscheidungen. Wenn Sie erstmals als Beisitzer einer Zivilkammer am Landgericht eingesetzt werden bzw. den Vorsitz einer Zivilabteilung am Amtsgericht übernehmen, werden Sie sich vielleicht nicht auf sämtliche Anforderungen hinreichend vorbereitet fühlen, zumal diese Anforderungen stetig steigen: Das Recht wird internationaler und komplexer, Rechtsanwälte spezialisieren sich zunehmend auf bestimmte Rechtsgebiete und nicht zuletzt erhöht sich die Arbeitsbelastung. Unverändert bleibt die berechtigte Erwartung der Parteien auf schnelle und sachgerechte Erledigung des Rechtsstreits.

Dieses Buch soll Ihnen den Einstieg in Ihre Zivilrichtertätigkeit erleichtern und helfen, die nötige Sicherheit bei der Gestaltung der Verfahren und im Umgang mit dem Bestand Ihres Dezernats schnellstmöglich zu erlangen. Nach unserer Vorstellung soll diese Hilfe auf zwei Arten erfolgen: Zum einen können Sie sich einen Überblick über den Ablauf eines Zivilverfahrens und die jeweils anstehenden Arbeitsschritte verschaffen; zum anderen können Sie bei der täglichen Arbeit gezielt darauf zurückgreifen, wenn Sie in bestimmten Situationen Hinweise für die Verfahrensgestaltung oder die Formulierung von Verfügungen, Beschlüssen und Urteilen suchen.

Deshalb haben wir in erster Linie Wert auf die Darstellung der wichtigsten Abläufe und Formalien gelegt und nicht auf die „materielle“ Lösung prozessrechtlicher Probleme, für die Sie im Zweifel auf Kommentare zurückgreifen können. Dabei ist uns selbstverständlich bewusst, dass sich in vielen Konstellationen mehrere Vorgehensweisen, Formulierungen oder Gestaltungen anbieten und es häufig eine Frage der Erfahrung, Routine, manchmal auch der „regionalen Übung“ und nicht zuletzt des persönlichen Stils und Geschmacks ist, für welche Sie sich entscheiden.

Schließlich muss sich die Darstellung im Wesentlichen auf den gewöhnlichen Verfahrensverlauf, den „Standardprozess“, beschränken, der Sie in der täglichen Arbeit am häufigsten beschäftigen wird. Daneben kennt die Praxis der Zivilprozesse natürlich unzählige weitere Konstellationen, in denen der berühmte Blick in das Gesetz nicht genügt, deren Behandlung aber den Rahmen dieses Buches sprengen würde. Wir sind uns jedoch sicher, dass Sie hierfür und für alle weiteren Fragen jederzeit auf die Hilfsbereitschaft der erfahrenen Kolleginnen und Kollegen in Ihrem Umfeld zurückgreifen können.

Sollten Sie Kritik äußern wollen oder Anregungen haben, bitten wir Sie um eine Nachricht an: info@zivilrichter.net.

Hamburg im Juli 2010

*Janko Büßer
Martin Tonner*



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Vorwort zur ersten Auflage	VII
Abkürzungsverzeichnis	XXVII
Literaturverzeichnis	XXXI

1. Kapitel Allgemeines

§ 1. Organisation des Zivilverfahrens an Ihrem Gericht	1
I. Geschäftsverteilungsplan	1
1. Geschäftsverteilungsplan des Gerichts	1
2. Kammerinterner Geschäftsverteilungsplan	1
II. Ihre Geschäftsstelle	1
III. Elektronische Akte und Papierakte	2
§ 2. Ihr Arbeitsalltag	2
I. Aktenbestand	2
II. Dekretur/Verfügungen	3
1. Dekretur	3
2. Verfügungen	3
III. Tipps	4
IV. Stationsausbildung von Referendaren	5

2. Kapitel Die Dezernatsarbeit

§ 3. Typische Verfügungen, Entscheidungen und Arbeitsschritte	7
I. Übermittlung von Schriftstücken	7
1. Adressat	7
2. Form der Übermittlung	7
a) Zustellung	8
b) Formlose Mitteilung	8
3. Schriftsätze und gerichtliche Schriftstücke	9
a) Gerichtliche Schriftstücke	9
b) Schriftsätze	9
aa) Elektronische Anwaltsschriftsätze	9
bb) Bestimmende und vorbereitende Schriftsätze	9
4. Öffentliche Zustellung	10
a) Voraussetzungen	10
b) Entscheidung	11
5. Wirksamkeit der Zustellung	11
a) Tatsächlicher Zugang des Schriftstücks	11
b) Förmlicher Nachweis der Zustellung	12
c) Ordnungsgemäße Ausführung der Zustellung	12
aa) Zustellung durch Übermittlung	12
bb) Öffentliche Zustellung	12
d) Fristberechnung	12
II. Entscheidung über Fristverlängerung	13
1. Antrag	13

2. Verfahren	13
3. Inhaltliche Prüfung	13
a) Möglichkeit der Fristverlängerung	13
b) Rechtzeitigkeit des Antrags	14
c) Begründetheit des Antrags	14
4. Entscheidung	14
III. Prozessstillstand durch Unterbrechung, Aussetzung und Ruhen des Verfahrens	14
1. Unterbrechung	15
a) Verfahren	15
aa) Streit über den Unterbrechungsgrund	15
bb) Dauer der Unterbrechung	15
cc) Beendigung der Unterbrechung	15
b) Unterbrechungsgründe im Einzelnen	16
aa) Tod der nicht anwaltlich vertretenen Partei	16
bb) Untergang nicht vertretener juristischer Personen oder par- teifähiger Personenmehrheiten	16
cc) Prozessunfähigkeit der nicht anwaltlich vertretenen Partei, Tod oder Beendigung der Vertretungsbefugnis des gesetz- lichen Vertreters	16
dd) Insolvenz einer Partei	16
ee) Aktivprozesse des Schuldners	17
ff) Passivprozesse des Schuldners	17
gg) Anwaltsverlust im Anwaltsprozess	17
2. Aussetzung	18
a) Aussetzung auf Antrag	18
b) Aussetzung von Amts wegen	18
aa) Voreingrifflichkeit	18
bb) Verdacht einer Straftat	18
cc) Vorlage an Bundesverfassungsgericht oder Europäischen Ge- richtshof	19
dd) Musterverfahren	19
c) Beschluss	19
d) Wirkung	19
3. Ruhen des Verfahrens	19
IV. Einbeziehung Dritter in den Prozess	20
1. Widerklage	20
a) Zulässigkeit der Widerklage	20
aa) Ordnungsgemäße Erhebung	20
bb) Rechtshängigkeit der Klage	20
cc) Kein Ausschluss	20
dd) Zuständigkeit	20
ee) Konnexität	21
ff) Keine anderweitige Rechtshängigkeit des Streitgegenstands ..	21
b) Zustellung	21
c) Entscheidung	21
aa) Teilurteil	21
bb) Kostenstreitwert	21
d) Besonderheiten bei Drittwiderklagen	21
aa) Widerklage gegen Kläger und Dritten	21
bb) Widerklage nur gegen Dritten	22
cc) Verfahren	23
e) Zwischenfeststellungswiderklage	23

2.	Gewillkürter Parteiwechsel in erster Instanz	23
a)	Klägerwechsel und -beitritt	23
b)	Parteierweiterung auf Beklagtenseite	24
c)	Beklagtenwechsel	24
d)	Berichtigung des Passivrubrums	24
3.	Streitverkündung	25
a)	Zustellung	25
b)	Reaktion des Dritten	25
aa)	Dritter tritt bei	25
bb)	Dritter tritt nicht bei	26
V.	Streitwertermittlung und -festsetzung	26
1.	Maßgebliche Streitwerte	26
a)	Zuständigkeitsstreitwert	26
b)	Kostenstreitwert	26
c)	Rechtsmittelstreitwert	26
2.	Ermittlung von Zuständigkeits- und Kostenstreitwert	27
a)	Darlegung durch den Kläger	27
b)	Gemeinsamkeiten in den Grundkonstellationen	27
c)	Unterschiede in besonderen Konstellationen	27
3.	Streitwertfestsetzung	29
a)	Vorläufige Festsetzung	29
b)	Endgültige Festsetzung	29
VI.	Ablehnung wegen Besorgnis der Befangenheit	29
1.	Adressat des Ablehnungsantrags	30
a)	Wartepflicht	30
aa)	Unaufschiebbar Handlungen	30
bb)	Ablehnung in der mündlichen Verhandlung	30
b)	Dienstliche Äußerung	30
c)	Abgabe	31
2.	Entscheidung über einen Ablehnungsantrag	31
a)	Zuständigkeit	31
b)	Rechtliches Gehör	31
c)	Entscheidung	32
aa)	Rechtzeitigkeit des Antrags	32
bb)	Besorgnis der Befangenheit	32
cc)	Form	32
d)	Sofortige Beschwerde	33
3.	Übernahme eines Verfahrens von einem abgelehnten Kollegen	33
VII.	Akteneinsichtsgesuch	33
1.	Parteien	33
2.	Dritte	34
VIII.	Einstweilige Einstellung der Zwangsvollstreckung	34
1.	Verfahren	34
2.	Entscheidung	34
IX.	Übertragung des Rechtsstreits auf den Einzelrichter bzw. die Zivilkammer	35
1.	Originärer und obligatorischer Einzelrichter	35
a)	Richter auf Probe	35
b)	Spezialkammer	35
2.	Übertragung auf den Einzelrichter	35
3.	Übertragung auf die Kammer	36
4.	Berichterstattung in Kammersachen	36

X.	Gütliche Beilegung des Rechtsstreits	36
1.	Güteverhandlung	36
2.	Vergleichsbeschluss (§ 278 VI ZPO)	36
a)	Vergleichsvorschlag	36
aa)	Vorschlag des Gerichts	37
bb)	Vorschlag der Parteien	37
cc)	Beurkundungspflichtiger Inhalt	37
b)	Beschluss	38
3.	Verweisung vor den Güterichter (§ 278 V ZPO)	38
4.	Außergerichtliche Konfliktbeilegung (§ 278a ZPO)	39
5.	Streit über die Wirksamkeit eines Vergleichs	39
§ 4.	Richterliche Hinweispflichten	40
I.	Allgemeines	40
1.	Sinn und Zweck	40
2.	Adressat der Hinweise	40
3.	Zeitpunkt der Hinweise	40
4.	Umfang der Hinweise	41
5.	Dokumentation	42
6.	Grenzen der Hinweispflicht	42
7.	Folgen der Verletzung der Hinweispflicht	43
II.	Gegenstand der Hinweise	43
1.	Zulässigkeitsbedenken	43
2.	Sachanträge	43
3.	Sachvortrag	44
4.	Beweismittel	44
5.	Verbot von Überraschungsentscheidungen	44
3. Kapitel Der Ablauf des erstinstanzlichen Verfahrens		
§ 5.	Erste Arbeitsschritte nach Eingang der Klage	45
I.	Eingang der Sachen bei Gericht	45
II.	Prüfung Ihrer gerichtsinternen Zuständigkeit	46
1.	Zuständigkeit Ihrer Abteilung/Kammer	46
2.	Kammerinterne Zuständigkeit	46
3.	Sachzusammenhang	46
III.	Die formalen Voraussetzungen der Zustellung	47
1.	Gerichtskostenvorschuss	47
2.	Notwendiger Inhalt der Klageschrift	48
3.	Beglaubigte Abschriften	48
4.	Zustellung im Ausland	49
IV.	Wahl der Verfahrensart und Zustellung der Klageschrift	49
1.	Vorbereitung des Haupttermins	49
a)	Wahl der Verfahrensart	49
aa)	Früher erster Termin, § 275 I ZPO	49
bb)	Schriftliches Vorverfahren, § 276 ZPO	50
cc)	Vereinfachtes Verfahren, § 495a ZPO	51
dd)	Auswahlkriterien	51
b)	Hinweise und Auflagen an die Parteien	51
aa)	Sachliche/örtliche/Rechtsweg-Zuständigkeit	51
bb)	Schlüssigkeit	52
cc)	Antrag auf Erlass eines VU	52
dd)	Strukturierter Parteivortrag	52

c) Schriftlicher Vergleichsvorschlag	52
2. Ausführung der Zustellung	52
3. Wiedervorlagefrist	52
4. Signatur/Unterschrift	53
5. Beispielsverfügungen	53
a) Früher erster Termin	53
b) Schriftliches Vorverfahren	53
§ 6. Der Fortgang des Verfahrens	54
I. Zustellungsproblem	54
II. Schriftlicher Vergleich	54
III. Weiterer Verlauf bei Anberaumung eines frühen ersten Termins	55
1. Reaktionen der Parteien	55
a) Anträge auf Fristverlängerung oder Terminsverlegung	55
b) Reaktionen des Klägers	55
aa) Reaktion auf Zuständigkeitsbedenken	55
bb) Ergänzung der Anträge und des Sachvortrags	56
c) Reaktionen des Beklagten	56
aa) Klageerwiderung geht nicht ein	56
bb) Anerkenntnis	56
cc) Klageerwiderung geht ein	57
dd) Antrag auf Verweisung an KfH	57
ee) Schiedseinrede	58
2. Durchführung des Termins	59
IV. Weiterer Verlauf bei Anordnung des schriftlichen Vorverfahrens	59
1. Reaktionen der Parteien	59
a) Fristverlängerungsantrag	59
b) Reaktionen des Klägers	59
c) Reaktionen des Beklagten	59
aa) Verteidigungsanzeige	59
bb) Klageerwiderung	59
2. Sitzungs- und Verkündungstermin	60
§ 7. Prozessverlauf nach Mahnverfahren	60
I. Widerspruch gegen einen Mahnbescheid	60
1. Der Weg der Akte	60
2. Verfahrensablauf	61
a) Anspruchsbegründung geht nicht ein	61
b) Anspruchsbegründung geht ein	61
3. Die Entscheidung	61
4. Besonderheiten	61
a) Rücknahme des Antrags auf Durchführung des streitigen Verfahrens	61
b) Rücknahmefiktion bei geringerem Antrag	62
c) Rücknahme des Widerspruchs	62
II. Einspruch gegen einen Vollstreckungsbescheid	62
1. Der Weg der Akte	62
2. Unzulässigkeit des Einspruchs	62
a) Hinweis	62
b) Entscheidung	63
3. Zulässigkeit des Einspruchs	63
a) Anspruchsbegründung liegt nicht vor	63
b) Anspruchsbegründung liegt vor	64
4. Säumnis des Beklagten im Einspruchstermin	64
5. Die Entscheidung	64

4. Kapitel

Güteverhandlung, mündliche Verhandlung, Beweisaufnahme, Verkündungstermin

§ 8. Güteverhandlung und mündliche Verhandlung	65
I. Die Anberaumung des Termins	65
1. Gestaltung des Sitzungstages	65
2. Ladung	65
a) Güteverhandlung, mündliche Verhandlung, Beweistermin	65
b) Termin	66
c) Beteiligte	66
aa) Parteivertreter	66
bb) Parteien	66
cc) Nebenintervenient	67
dd) Zeugen, Sachverständige	67
ee) Dolmetscher	67
d) Weitere vorbereitende Anordnungen	67
e) Wiedervorlagefrist	67
f) Beispielsverfügung	67
3. Verfügungen vor dem Termin	68
a) Terminaufhebung und -verlegung	68
b) Entbindung vom persönlichen Erscheinen	68
II. Vorbereitung des Termins	69
1. Hospitation	69
2. Kleidung	69
3. Inhaltliche Vorbereitung	69
4. Protokollierung	70
5. Vorbereitung am Terminstag	70
III. Umgang mit den Beteiligten	70
1. Allgemeine Tipps	70
2. „Sitzungspolizei“	71
IV. Ablauf des Termins	72
1. Beginn	72
a) Anwesenheit	72
aa) Säumnis einer Partei bzw. eines Prozessbevollmächtigten	72
bb) Nichterscheinen des Dolmetschers	73
cc) Nichterscheinen eines Zeugen	73
b) Dolmetscherbeeidigung	73
c) Übergabe von Schriftstücken	73
2. Güteverhandlung	73
a) Einführung in den Sach- und Streitstand	73
b) Anhörung	74
c) Vergleichsgespräche	74
3. Mündliche Verhandlung	76
a) Sachanträge	77
b) Beendigung des Verfahrens ohne streitiges Urteil	77
aa) Klagerücknahme	77
bb) Anerkenntnis	77
cc) Übereinstimmende Erledigungserklärungen	78
c) Hinweise	78
d) Anträge auf Protokollierung (§ 160 IV ZPO)	78
4. Beweisaufnahme	79
5. Schluss der mündlichen Verhandlung	79
a) Entscheidung des Rechtsstreits	79

aa) „Stuhlrteil“	79
bb) Entscheidung am Schluss der Sitzung	79
cc) Anberaumung eines Verkündungstermins	80
b) Prozessleitende Anordnungen	80
aa) Schriftsatzfristen im frühen ersten Termin	80
bb) Gewährung von Schriftsatznachlass	80
cc) Anordnung des schriftlichen Verfahrens	82
dd) Anberaumung eines weiteren Termins	82
ee) Weitere prozessleitende Anordnungen	83
6. Abschluss des Protokolls	83
V. Verhandlung im Wege der Bild- und Tonübertragung (§ 128a ZPO)	83
1. Allgemeines	83
2. Zulässigkeitsvoraussetzungen	84
a) Begriff der Videoverhandlung (§ 128a I 2 ZPO)	84
aa) Anwendungsbereich	85
bb) Verfahrensbeteiligte	85
cc) Der Verhandlungsort	85
b) Voraussetzungen der Videoverhandlung	86
aa) Eignung des Falls	86
bb) Ausreichende Kapazität	87
3. Verfahrensgestaltung	87
a) Ermessen des Vorsitzenden	87
aa) Anordnungs-kompetenz des Vorsitzenden	87
bb) Kriterien der Ermessensausübung	88
b) Die verschiedenen Varianten	88
aa) Anordnung der Videoverhandlung von Amts wegen gemäß § 128a II 1 Alt. 2 ZPO	88
bb) Gestattung der Videoverhandlung gemäß § 128a II 1 Alt. 1, III ZPO	90
4. Praktische Durchführung der Videoverhandlung	92
a) Vertrautmachen mit der Technik	92
b) Der Ablauf der Verhandlung	92
aa) Feststellung der Anwesenheit	92
bb) Reaktion bei technischen Störungen	93
cc) Verhandlungsleitung	93
dd) Aufzeichnung und Protokollierung	93
ee) Öffentlichkeit	94
§ 9. Beweisaufnahme	94
I. Grundsätzliches	94
1. Ziel der Beweisaufnahme: Gewinnung der richterlichen Überzeugung	94
2. Gegenstand der Beweiserhebung	95
3. Beweisarten	96
a) Strengbeweis	96
b) Freibeweis	96
c) Glaubhaftmachung	96
4. Darlegungs- und Beweislast	97
a) Begriffe	97
aa) Darlegungslast	97
bb) Beweislast	98
b) Verteilung der Darlegungs- und Beweislast	99
aa) Grundsatz	99

bb) Gesetzliche Beweislastregeln	100
cc) Richterrechtliche Beweislastregeln	101
dd) Beweislastumkehr	101
c) Beweiserleichterungen	102
aa) Modifizierungen der Darlegungslast	102
bb) Anscheinsbeweis	103
cc) Schätzung nach § 287 ZPO	104
II. Die Entscheidung über die Beweiserhebung	105
1. Entscheidungserheblichkeit und Beweisbedürftigkeit	105
a) Entscheidungserheblichkeit	105
b) Beweisbedürftigkeit	105
c) Umgang mit Hauptbeweis und Gegenbeweis	107
d) Beweisverwertungsverbote	107
2. Hinreichender Beweisantritt	108
a) Form des Beweisantritts	108
b) Inhalt des Beweisantritts	108
aa) Zeugenbeweis	109
bb) Urkundenbeweis	109
cc) Sachverständigenbeweis	111
dd) Inaugenscheinnahme	111
ee) Parteivernehmung	111
c) Zurücknahme von Beweisanträgen	112
3. Ablehnung der Beweiserhebung	112
a) Ablehnungsgründe	112
b) Verfahren	113
4. Beweisbeschluss und formlose Beweisordnung	113
a) Beweisbeschluss	113
aa) Notwendigkeit eines Beweisbeschlusses	113
bb) Inhalt eines Beweisbeschlusses	114
cc) Vorterminalicher Beweisbeschluss	114
b) Formlose Beweisordnung	114
5. Ladung zum Beweisaufnahmetermin	115
III. Durchführung der Beweisaufnahme	116
1. Allgemeines zur Beweisaufnahme	116
a) Grundsatz der Unmittelbarkeit und Grundsatz der Parteiöffentlichkeit	116
b) Ablauf des Beweisaufnahmetermins und anschließende Erörterung	117
2. Die einzelnen Beweismittel	118
a) Beweis durch Augenschein, insbesondere Ortstermin	118
b) Zeugenbeweis	119
aa) Der Umgang mit den Zeugen	119
bb) Die Vernehmung des Zeugen	119
c) Beweis durch Sachverständige	123
aa) Schriftliches Gutachten	123
bb) Anhörung des Sachverständigen	126
d) Beweis durch Urkunden	127
e) Beweis durch Parteivernehmung	127
aa) Allgemeines	127
bb) Durchführung der Parteivernehmung	128
3. Beweisaufnahme per Bild- und Tonübertragung gemäß § 284 II, III ZPO	128

a) Allgemeines	128
b) Rechtliche Voraussetzungen der Video-Beweisaufnahme	129
aa) Antragsberechtigte	129
bb) Gegenstand der Beweisaufnahme	129
cc) Aufenthaltsort der Beweisperson	129
c) Anordnung oder Gestattung	130
aa) Entscheidung des Gerichts	130
bb) Einspruch eines Verfahrensbeteiligten	132
d) Praktische Überlegungen	132
IV. Der Umgang mit dem Beweisergebnis	133
1. Ergiebigkeit	133
2. Beweiswürdigung	133
a) Grundsätzliches zur Beweiswürdigung	133
b) Maßstab der Überzeugungsbildung	134
3. Darstellung der Beweiswürdigung im Urteil	134
a) Allgemeines	134
b) Aufbauvarianten	135
c) Beweiswürdigung bei einzelnen Beweismitteln und in besonde- ren Konstellationen	137
aa) Zeugenbeweis	137
bb) Sachverständigenbeweis	138
cc) Urkundenbeweis	139
dd) Inaugenscheinnahme	140
ee) Anscheinsbeweis	140
ff) Schätzung nach § 287 ZPO	141
§ 10. Der Umgang mit verspätetem Parteivorbringen	141
I. Was ist verspätetes Vorbringen?	141
1. Angriffs- und Verteidigungsmittel	142
2. Verspätung	142
a) Vorbringen vor Schluss der mündlichen Verhandlung	142
aa) Fälle des § 296 I ZPO: Vorbringen nach Ablauf einer richter- lich gesetzten Frist	142
bb) Fälle des § 296 II ZPO: Verstoß gegen allgemeine Prozessför- derungspflichten	142
cc) Fälle des § 296 III ZPO: Verspätete Rüge des Beklagten be- treffend die Zulässigkeit der Klage	143
dd) Weiterer Fall: Zuständigkeit durch rügelose Verhandlung	143
b) Vorbringen nach Schluss der mündlichen Verhandlung: Der Fall des § 296a ZPO	143
c) Verspätungen im Rechtsmittelrecht	144
aa) Berufung	144
bb) Sofortige Beschwerde	144
II. Wann bleibt verspätetes Vorbringen unberücksichtigt?	144
1. Vorbringen vor Schluss der mündlichen Verhandlung: Die Fälle des § 296 ZPO	144
a) Nur bei förmlich richtiger Fristsetzung	144
b) Verschulden	145
c) Kausale Verzögerung	145
aa) Notwendigkeit weiterer Tatsachenermittlung	145
bb) Verzögerungsbegriffe	146
d) Umgehungsmöglichkeiten für die Parteien	146

2. Vorbringen nach Schluss der mündlichen Verhandlung: Der Fall des § 296a ZPO	146
III. Darstellung in der Entscheidung	147
1. Bis zum Schluss der mündlichen Verhandlung erfolgter Vortrag	147
a) Erster Schritt: Gewährung rechtlichen Gehörs	147
b) Zweiter Schritt: Entscheidung über die Zulassung verspäteten Vorbringens	148
aa) Zulassung verspäteten Vorbringens	148
bb) Zurückweisung verspäteten Vorbringens	148
cc) Schriftsatznachlass	149
2. Nach Schluss der mündlichen Verhandlung erfolgter Vortrag	149
§ 11. Verkündungstermin, Wiedereröffnung	150
I. Korrektur und Berichtigung des Protokolls	150
II. Verkündungstermin	151
1. Urteilsverkündung	151
2. Verlegung des Verkündungstermins	151
III. Wiedereröffnung der mündlichen Verhandlung	152
1. Wiedereröffnungsgründe	152
2. Zeitpunkt und Form	152
3. Schriftliches Verfahren, § 128 II ZPO	152

5. Kapitel

Urteil, Erledigung, Klagerücknahme

§ 12. Das Urteil	155
I. Gesetzlicher Rahmen	155
II. Urteilsarten	155
1. Bezeichnung des Urteils	156
2. Kombinationen	157
III. Aufbau und Abfassung des Urteils	157
1. Die Elemente des Urteils im Überblick	157
2. Rubrum	157
3. Tenorierung	158
a) Hauptsache	159
b) Kosten	160
aa) Kosten bei vollständigem Obsiegen und Unterliegen	160
bb) Kosten bei teilweisem Obsiegen und Unterliegen	160
cc) Kostenentscheidung bei Änderung des Streitwertes (sog. Mehrkostenprinzip)	161
c) Vorläufige Vollstreckbarkeit	162
aa) Entscheidung über die Sicherheitsleistung	162
bb) Abwendungsbefugnis	163
d) Besondere Konstellationen	164
aa) Prozessurteil	164
bb) Leistungsurteil	165
cc) Gestaltungsurteil	168
4. Tatbestand	169
a) Allgemeines	169
b) Besondere Konstellationen	171
aa) Unberücksichtigte Beweisangebote	171
bb) Verspätete Angriffs- und Verteidigungsmittel	171
5. Entscheidungsgründe	172
a) Allgemeines	172

aa) Urteilsstil	172
bb) Aufbau der Entscheidungsgründe	173
cc) Weglassen der Entscheidungsgründe	174
b) Besondere Umstände	175
aa) Materielle Rechtskraft	175
bb) Verspätete Angriffs- und Verteidigungsmittel	175
6. Rechtsbehelfsbelehrung	175
7. Unterschriften/Signaturen	176
8. Weitere mögliche Bestandteile des Urteils	176
a) Streitwertfestsetzung	176
b) Berufungszulassung	177
IV. Urteile in besonderen Konstellationen	177
1. Anerkenntnisurteil	177
a) Tenor	178
aa) Hauptsache	178
bb) Kosten	178
cc) Vorläufige Vollstreckbarkeit	179
b) Tatbestand und Entscheidungsgründe	179
2. Versäumnisurteil	179
3. Teil- und Schlussurteil	179
a) Teilurteil	179
aa) Tenor	179
bb) Tatbestand	180
cc) Entscheidungsgründe	180
b) Schlussurteil	180
aa) Tenor	180
bb) Tatbestand	180
cc) Entscheidungsgründe	180
4. Grundurteil	180
a) Tenor	180
b) Tatbestand und Entscheidungsgründe	181
c) Betragsverfahren	181
5. Zwischenurteil über die Zulässigkeit der Klage	181
a) Tenor	182
b) Tatbestand und Entscheidungsgründe	182
c) Hauptsacheverfahren	182
6. Vorbehaltsurteil	182
a) Tenor	183
b) Tatbestand und Entscheidungsgründe	185
7. Verzichtsurteil	185
a) Tenor	185
b) Tatbestand und Entscheidungsgründe	185
8. Urteil nach Mahnverfahren	185
a) Tenor	186
aa) Widerspruch gegen Mahnbescheid	186
bb) Einspruch gegen Vollstreckungsbescheid	186
b) Tatbestand	187
aa) Widerspruch gegen Mahnbescheid	187
bb) Einspruch gegen Vollstreckungsbescheid	187
c) Entscheidungsgründe	187
9. Klageänderung und teilweise Klagerücknahme	187
a) Tenor	187

b) Tatbestand	188
aa) Klageänderung	188
bb) Teilweise Klagerücknahme	188
c) Entscheidungsgründe	189
10. Klage und Widerklage	189
a) Tenor	189
b) Tatbestand	190
c) Entscheidungsgründe	191
11. Prozessaufrechnung	191
a) Tenor	191
b) Tatbestand	192
c) Entscheidungsgründe	192
12. Mehrheit von Streitgegenständen	192
a) Objektive Klagehäufung	192
aa) Tenor	192
bb) Tatbestand	192
cc) Entscheidungsgründe	192
b) Stufenklage	193
c) Eventualklagehäufung (Haupt- und Hilfsantrag)	194
aa) Tenor	194
bb) Tatbestand	194
cc) Entscheidungsgründe	194
13. Mehrheit von Parteien oder Beteiligten	195
a) Gewillkürter Parteiwechsel	195
aa) Tenor	195
bb) Tatbestand	195
cc) Entscheidungsgründe	196
b) Streitgenossenschaft	196
aa) Tenor	196
bb) Tatbestand	197
cc) Entscheidungsgründe	197
c) Streithelfer	198
aa) Tenor	198
bb) Tatbestand	198
cc) Entscheidungsgründe	198
d) Streitverkündung	199
aa) Tenor	199
bb) Tatbestand	199
cc) Entscheidungsgründe	199
14. Prozessvergleich	199
15. Urteil im einstweiligen Rechtsschutz	200
16. Berufungsurteil	200
17. Urteile im Rahmen der Zwangsvollstreckung	200
V. Berichtigung und Ergänzung des Urteils	201
1. Berichtigung des Urteils nach § 319 ZPO	201
2. Berichtigung des Tatbestands nach § 320 ZPO	202
3. Ergänzung des Urteils nach § 321 ZPO	203
a) Verfahren	203
b) Umfang	204
4. Änderung der Kostenentscheidung nach § 102 ZPO	205
§ 13. Die Erledigung des Rechtsstreits	205
I. Übereinstimmende Erledigungserklärungen	206

1. Vollständige Erledigungserklärungen	206
a) Verfahren	206
b) Fertigung des Beschlusses	207
2. Teilweise Erledigungserklärungen	208
II. Einseitige Erledigungserklärung	208
1. Vollständige Erledigungserklärung	208
2. Teilweise Erledigungserklärung	210
§ 14. Die Klagerücknahme	210
I. Rücknahme vor mündlicher Verhandlung des Beklagten	210
II. Rücknahme nach mündlicher Verhandlung des Beklagten	212
1. Einwilligung liegt vor	212
2. Einwilligung liegt nicht vor	212

6. Kapitel Besondere Verfahren

§ 15. Säumnisverfahren	213
I. Säumnis einer Partei in der mündlichen Verhandlung	213
1. Erlass eines Versäumnisurteils	213
a) Formale Voraussetzungen	213
b) Materielle Voraussetzungen	214
aa) Säumnis des Klägers	214
bb) Säumnis des Beklagten	214
2. Entscheidung nach Lage der Akten	215
II. Säumnis beider Parteien in der mündlichen Verhandlung	216
III. Versäumnisurteil im schriftlichen Vorverfahren	216
IV. Einspruchsverfahren	217
1. Unzulässigkeit des Einspruchs	217
2. Einspruchstermin	218
3. Die Entscheidung	218
a) Tenor	219
aa) Hauptsache	219
bb) Kosten	219
cc) Vorläufige Vollstreckbarkeit	219
b) Tatbestand	220
c) Entscheidungsgründe	220
§ 16. (Isoliertes) Prozesskostenhilfverfahren	220
I. Voraussetzungen des § 114 ZPO	221
II. Verfahren	221
1. Hinweise und Auflagen für den Antragsteller	221
2. Rechtliches Gehör	221
3. Beispielsverfügung	221
4. PKH-Prüftermin	222
III. Verweisung	222
IV. Entscheidung über den PKH-Antrag	222
1. Grundsätze	222
2. Bewilligung	222
a) Beiordnung eines Rechtsanwalts	223
b) Beschluss	223
c) Verfügung	223
d) Folgen der Bewilligung für das Verfahren	224
3. Versagung	224
V. Sofortige Beschwerden	224

1. Gegen Bewilligung ohne Ratenzahlung	225
2. Gegen Bewilligung mit Ratenzahlung und Versagung	225
VI. PKH-Antrag des Beklagten	226
§ 17. Vereinfachtes Verfahren gemäß § 495a ZPO	226
I. Anwendbarkeit	226
II. Verfahrenserleichterungen	227
III. Entscheidungen	228
IV. Rechtsmittel: Gehörsrüge	228
§ 18. Selbstständiges Beweisverfahren	229
I. Allgemeines	229
II. Verfahren	230
1. Einleitung des Verfahrens	230
a) Beweisanspruch	230
b) Zuständigkeit	230
c) Rechtliches Gehör	231
2. Entscheidung	231
3. Durchführung der Beweisaufnahme	232
III. Abschluss und Wirkung des Verfahrens	232
§ 19. Urkunden- und Wechselprozess	235
I. Allgemeines	235
II. Vorverfahren	235
III. Nachverfahren	237
IV. Besonderheiten des Wechsel- und Scheckprozesses	238
§ 20. Einstweiliger Rechtsschutz	238
I. Allgemeines	238
II. Arrest	239
1. Verfahren nach Eingang eines Arrestantrags	239
a) Erlass des Arrests	239
b) Verfahren bei Nichterlass des Arrests	240
aa) Ablehnung des Arrestantrags durch Beschluss	241
bb) Anberaumung einer mündlichen Verhandlung	241
2. Verfahren nach Widerspruch	242
a) Verfahrensablauf	242
b) Urteil nach Widerspruch	242
III. Einstweilige Verfügung	243
1. Vorgehensweise nach Eingang eines Antrags auf Erlass einer einstweiligen Verfügung	243
a) Erste Arbeitsschritte	243
b) Rechtliche Prüfung	244
c) Entscheidung über das weitere Vorgehen	245
aa) Erlass der einstweiligen Verfügung durch Beschluss	245
bb) Verfahren bei Nichterlass der einstweiligen Verfügung	246
2. Verfahren nach Eingang eines Widerspruchs	247
a) Anberaumung der mündlichen Verhandlung	247
b) Entscheidung durch Urteil	248
3. Weitere Schritte nach Erlass oder Bestätigung der einstweiligen Verfügung	249
a) Vollziehung der einstweiligen Verfügung	249
b) Anordnung der Klageerhebung	249
c) Aufhebung wegen veränderter Umstände	249
4. Bestrafungsverfahren	250

7. Kapitel

Berufung und sonstige Rechtsbehelfe

§ 21. Das Berufungsverfahren	251
I. Vorlage der Akte beim Richter	251
1. Eingang der Berufungsbegründung	251
2. Fristverlängerungsantrag	251
3. Ablauf der Berufungsbegründungsfrist	252
II. „Vorprüfung“	252
III. Zulässigkeitsprüfung	252
1. Statthaftigkeit	252
a) Berufungsgegenstand	253
b) Beschwer des Berufungsklägers	253
2. Zuständigkeit	253
3. Form und Inhalt	253
4. Frist	255
a) Berufungsfrist	255
b) Berufungsbegründungsfrist	256
5. Entscheidung bei Unzulässigkeit	257
a) Hinweis	257
b) Entscheidung	257
aa) Beschluss	257
bb) Fortgang des Verfahrens	258
IV. Prüfung der Erfolgsaussichten der Berufung	258
1. Gegenstand des Berufungsverfahrens	258
a) Streitgegenstand und Anträge, § 528 ZPO	258
b) Neue Ansprüche	259
2. Berufungsgrund: Rechtsverletzung, § 513 I Alt. 1 ZPO	259
3. Berufungsgrund: Fehler in der Tatsachenfeststellung, § 513 I Alt. 2 ZPO	259
a) Bindung an den festgestellten Parteivortrag	260
b) Berücksichtigung zu Unrecht zurückgewiesener Angriffs- und Verteidigungsmittel	260
c) Berücksichtigung neuer Angriffs- und Verteidigungsmittel	261
aa) Neue Angriffs- und Verteidigungsmittel	261
bb) Berücksichtigung des neuen Vortrags	261
d) Beweisaufnahme in der Berufungsinstanz	263
aa) Erstmalige Beweisaufnahme	263
bb) Wiederholung der erstinstanzlichen Beweisaufnahme	263
cc) Ausnahme: § 538 II 1 Nr. 1 ZPO	264
4. Besonderheiten	264
a) Unzuständigkeit des Amtsgerichts	264
b) Zweites Versäumnisurteil	264
V. Zurückweisung der Berufung nach § 522 II ZPO	264
1. Keine Erfolgsaussichten	265
2. Weitere Zurückweisungsvoraussetzungen nach Satz 1	265
a) Keine grundsätzliche Bedeutung	265
b) Kein Berufungsurteil erforderlich	265
c) Keine mündliche Verhandlung geboten	265
3. Hinweis	266
4. Entscheidung	266
a) Zurückweisung durch Beschluss	266
b) Fortgang des Verfahrens	268

VI. Anberaumung eines Berufungstermins	268
1. Übertragung auf den Einzelrichter	268
2. Terminierung	268
VII. Durchführung des Termins	269
VIII. Beendigung des Verfahrens ohne streitiges Urteil	269
1. Berufungsrücknahme	269
2. Klagerücknahme	270
3. Klageverzicht	270
4. Anerkenntnis	270
5. Vergleich	270
6. Erledigung	271
IX. Beendigung des Verfahrens durch streitiges Berufungsurteil	271
1. Tenor	271
a) Verwerfung der unzulässigen Berufung	271
b) Zurückweisung der unbegründeten Berufung	272
c) Abänderung des angefochtenen Urteils	272
d) Teilweise Abänderung des angefochtenen Urteils	273
e) Aufhebung des angefochtenen Urteils und Zurückverweisung	273
f) Zulassung der Revision	273
aa) Grundsätzliche Bedeutung	273
bb) Fortbildung des Rechts	274
cc) Sicherung einer einheitlichen Rechtsprechung	274
2. Bezugnahme auf den Tatbestand	274
3. Entscheidungsgründe	275
4. Verkündung	275
X. Anschlussberufung	275
XI. Prozesskostenhilfe	276
1. PKH-Antrag des Berufungsklägers	276
a) Bedingte Berufungseinlegung	277
b) Isolierter PKH-Antrag	277
aa) PKH-Bewilligung	277
bb) Zurückweisung des Antrags	277
c) PKH-Antrag neben Berufungseinlegung	278
2. PKH-Antrag des Berufungsbeklagten	278
§ 22. Sofortige Beschwerde	278
I. Sofortige Beschwerde gegen Ihren Beschluss	279
1. Abhilfe	279
2. Verwerfung	279
3. Nichtabhilfe	279
II. Entscheidung über eine sofortige Beschwerde	280
1. Vorprüfung	280
a) Zuständigkeit	280
b) Einholung des Nichtabhilfebeschlusses	280
2. Zulässigkeit der Beschwerde	280
a) Statthaftigkeit	280
aa) Gesetzliche Bestimmung	281
bb) Generalklausel	281
cc) Beschwerdewert bei Beschwerden gegen Kostenentscheidun- gen	282
b) Beschwerdefrist	282
c) Form der Beschwerde	282
3. Begründetheit der Beschwerde	282

4. Entscheidung über die Beschwerde	282
a) Unzulässigkeit	282
b) Unbegründetheit	282
c) Begründetheit	283
5. Rücknahme der sofortigen Beschwerde	283
§ 23. Gehörsrüge	283
I. Zulässigkeit der Gehörsrüge	283
1. Statthaftigkeit	283
2. Form	284
3. Frist	284
II. Begründetheit der Gehörsrüge	284
1. Verletzung des Anspruchs auf rechtliches Gehör	284
2. Entscheidungserheblichkeit	285
III. Anhörung des Gegners	285
IV. Entscheidung über die Gehörsrüge	285
1. Unzulässigkeit	285
2. Unbegründetheit	285
3. Begründetheit	285
§ 24. Verzögerungsrüge	286
Stichwortverzeichnis	287